

18.01.2022

# Antrag

der Fraktion der AfD

**Kampf gegen Antisemitismus ohne Scheuklappen – antijüdische Ressentiments in all ihren Ausformungen entlarven, anprangern und kompromisslos sanktionieren.**

## I. Ausgangslage

Im Rahmen der Großen Anfrage „Antisemitismus in seiner Gesamtheit wissenschaftlich beleuchten – Das Lagebild Antisemitismus vervollständigen“<sup>1</sup> wurden zahlreiche offen antisemitische bzw. gegen den Staat Israel gerichtete Aktionen verschiedener Personengruppen aus unserem Land benannt, beschrieben und in den dazugehörigen Kontext eingeordnet.

Zu allen in der Großen Anfrage angeführten sachlichen und personellen Zusammenhängen liegen umfassende Berichte und Dokumente vor. Wie durch die laufende Legislaturperiode belegt, werden viele dieser antisemitischen Vorfälle und antisemitischen Einstellungen bestimmter Gruppierungen oder Einzelpersonen von den Fraktionen der CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen fast vollständig ignoriert.

Das betrifft insbesondere den vielfach zu beobachtenden Antisemitismus im linksextremen Lager, das zeigt sich bei den zahlreichen Kontakten von Politikern aus allen Altparteien zu antisemitischen Gruppen innerhalb der islamischen Gemeinden und Organisationen, das zeigt sich in der Bagatellisierung der massiven antisemitischen Sozialisation in zahlreichen Hauptherkunftsländern der Asylbewerber<sup>2</sup>, das zeigt sich beim deutschen Abstimmungsverhalten in der UN gegen Israel.

Diese Ignoranz wird auch deutlich durch die Überweisung von Hilfsgeldern für das Flüchtlingshilfswerk UNRWA. Ungerührt halten Vertreter verschiedener Altparteien indirekte Verbindungen zu antisemitischen NGOs im arabischen Raum, sehen weg, wenn es um antisemitisches (oder auch christenfeindliches) Mobbing an unseren Schulen geht, verschließen die Augen vor zahlreichen antisemitischen Umtrieben in der deutschen Kultur- und Medienszene oder auch vor der wachsenden antisemitischen Gefahr, die von Amateur-Fußballvereinen ausgeht, die den Grauen Wölfen nahestehen.

Vor diesem Hintergrund deckte die Große Anfrage einen betrüblichen Mangel an Entschlossenheit und an Unparteilichkeit regierungsamtlicher und parteipolitischer Organisationen auf, das Lagebild antisemitischer Umtriebe in Deutschland objektiv und ungeschminkt offenzulegen. Nur wenn das geschieht, kann der Antisemitismus wirksam bekämpft werden. Diese Erkenntnis sollte daher unbedingt in die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten einfließen. Die

---

1 Vgl. Lt.-Drucksache 17/15345

2 Vgl. <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-15257.pdf>

aktuelle sowie die künftige Landesregierung stehen in der Verantwortung, die Forderungen des Antrags umfassend und kompromisslos umzusetzen. Wie der Koalitionsvertrag der Ampelkoalition belegt, ist dazu ein proaktives Einwirken aus NRW auf die Bundesebene erforderlich.

„Wir werden das VN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) weiter finanziell unterstützen und dabei einen unabhängigen Monitoringprozess unterstützen, um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken,“ so heißt es im Koalitionsprogramm der neuen Bundesregierung. Bereits hier, in einem frühen Stadium, zeigt sich eine offenkundige Lernunwilligkeit. Denn seit Jahren steht UNRWA in der Kritik, etwa weil in Lehrbüchern Terroristen als Vorbild für die Schüler präsentiert werden oder weil Mitarbeiter der UNRWA Aufrufe zu Gewalt und antisemitischer Propaganda teilten. Dabei handelt es sich nicht um „Fehlentwicklungen“, sondern eher um ein strukturelles Problem.<sup>3</sup> Ob die vollmundige Ankündigung „Wir machen uns stark gegen Versuche antisemitisch motivierter Verurteilungen Israels, auch in den VN“ in konkretes Handeln umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Noch zweifelhafter ist ein aktiver Einsatz der neuen Bundesregierung gegen Formen des Antisemitismus' von Links, des muslimischen Antisemitismus' oder auch des zu Tage getretenen Antisemitismus' in der deutschen Kultur- und Medienszene.

Zur Wahrung der deutschen Staatsraison ist größte Sorgfalt in den Beziehungen zu den Staaten des arabischen Raums geboten. Das gilt auch für den direkten oder indirekten Kontakt der bereits erwähnten Parteien mit den NGOs in dieser Region.

## II. Neue Erkenntnisse jüngster Zeit

Am 28. Dezember 2021 veröffentlichte das Simon-Wiesenthal-Center die jährliche „Global-Anti-Semitism-Top-10-List“ für das abgelaufene Jahr 2021.<sup>4</sup> Angeführt wird die Liste – wenig überraschend – vom Iran und der Hamas. Wie bereits im Vorjahr<sup>5</sup> ist Deutschland erneut prominent auf Platz 7 vertreten.

Im Berichtsjahr 2020 ging es zum einen um Verfehlungen der deutschen Kulturszene. Diese übte in Teilen erhebliche Kritik am Anti-BDS-Beschluss des Deutschen Bundestags. In diesem Zusammenhang waren u.a. das renommierte Goethe-Institut, die Berliner Festspiele, das Deutsche Theater, das Einstein Forum sowie ein damaliger Abteilungsleiter des Auswärtigen Amtes involviert. Nach der Bundestagswahl im Jahre 2021 wurde er zum Amtsleiter der neuen Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) ernannt.

Diese lehnte 2019 die Resolution des Deutschen Bundestages „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen“ ab. Zur Begründung gab sie seinerzeit an, dass es falsch sei:

„BDS, alle beteiligten Organisationen und Einzelpersonen pauschal als antisemitisch zu bezeichnen [...] Damit werden weite Teile der palästinensischen Zivilbevölkerung, aber auch einzelne israelische Initiativen, die sich gewaltfrei für ein Ende der völkerrechtswidrigen Besetzung einsetzen und vor diesem Hintergrund BDS unterstützen, in die antisemitische Ecke gestellt.“<sup>6</sup>

---

3 Vgl. <https://juedischerundschau.de/article.2021-12.die-neue-koalition-ein-gluecksfall-fuer-deutschlands-anti-israelische-ngos.html>

4 Vgl. [https://www.wiesenthal.com/assets/pdf/global\\_anti-semitism\\_2021\\_top\\_ten.pdf](https://www.wiesenthal.com/assets/pdf/global_anti-semitism_2021_top_ten.pdf)

5 Vgl. <https://www.wiesenthal.com/assets/pdf/top-ten-worst-global.pdf>

6 Vgl. [https://www.mena-watch.com/eine-kulturstaatsministerin-die-sich-schuetzend-vor-eine-antisemitische-kampagne-stellt/?fbclid=IwAR0buMVKsP3q-z7sTiMkRx6WkX4vouhlUefzBnr2d\\_f\\_Zqkx8HuS-RpcZ9wM](https://www.mena-watch.com/eine-kulturstaatsministerin-die-sich-schuetzend-vor-eine-antisemitische-kampagne-stellt/?fbclid=IwAR0buMVKsP3q-z7sTiMkRx6WkX4vouhlUefzBnr2d_f_Zqkx8HuS-RpcZ9wM)

Hiermit verharmloste sie u.a. den von der BDS-Bewegung geforderten Wirtschafts-, Kultur- und Wissenschaftsboykott Israels.

Des Weiteren fanden im Jahre 2020 die neue SPD-Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özogus, Omid Nouripour (MdB – Bündnis 90/ Die Grünen) und Christine Buchholz (MdB – Die Linke) als Mitglieder im Beirat der Deutsch Palästinensischen Gesellschaft (DPG) im Bericht Erwähnung. Die Gesellschaft unterstützt ebenfalls die gegen den Staat Israel gerichtete BDS-Kampagne.

Schließlich ging es in dem Wiesenthalbericht auch um das Bündnis der Jusos mit der Fatah, zu dem sich die Landesregierung aus CDU und FDP bisher nicht positionieren möchte.

Im Berichtsjahr 2021 ging es zunächst um einen Nachruf in Richtung Angela Merkel: „Her administration’s rarely denounced the Ayatollah regime’s Holocaust denial and the regime’s frequent calls to destroy the Jewish state.“<sup>7</sup> Zu dieser Beobachtung passt der teils freundschaftliche Umgang Claudia Roths mit dem Mullah-Regime.<sup>8</sup>

Im Folgenden ging es im Bericht des Simon-Wiesenthal-Centers um Michael Blume (CDU), Antisemitismusbeauftragter in Baden-Württemberg, der antijüdische, antiisraelische und verschwörungstheoretische Twitter-Accounts geliked und Beiträge weiterverbreitet habe. Außerdem hatte er einen Facebook-Post geliked, der Zionisten mit Nazis verglich.

Insbesondere ist im Jahre 2021 erneut die deutsche Medienszene negativ aufgefallen. Von Mitarbeitern der Deutschen Welle gab es zahlreiche antisemitische Äußerungen. Eine ehemalige Deutsche-Welle-Redakteurin, die seit 2015 als Leiterin, der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah agiert<sup>9</sup>, legitimierte z.B. in einem im Juni 2018 veröffentlichten Gastkommentar für die Deutsche Welle den palästinensischen Terrorismus als „im Völkerrecht verbrieften Widerstand gegen die Besatzung“.

Die Deutsche Welle kooperierte mit durchaus kritisch zu betrachtenden Partnersendern – wie etwa dem jordanischen Roya TV –, die den Staat Israel grundsätzlich als „die Besatzung“ und Israelis immer als „Siedler“ bezeichnen und darüber hinaus Karikaturen veröffentlicht haben, in denen Juden als Schweine dargestellt werden, die getötet werden müssten. In einer von Roya TV ausgestrahlten Sendung wurden Juden als die „Nachfahren von Affen und Schweinen“ bezeichnet. Ähnlich kritisch ist der libanesischer Partnersender Al Jadeed TV zu sehen, der Selbstmordanschläge und Terror gegen Juden glorifiziert haben soll.

Die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, und der Psychologe Ahmad Mansour wurden mittlerweile vom Deutsche Welle-Intendanten Limbourg mit der Untersuchung der Vorfälle beauftragt.

Neue Erkenntnisse gibt es zudem im Zusammenhang mit der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung, die im Haushaltsjahr 2022 eine institutionelle Förderung aus dem Landeshaushalt in Höhe von 645.209 Euro erhält.<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Übersetzung (gem. Google Translator): „Ihre Regierung hat die Holocaustleugnung des Ayatollah-Regimes und die häufigen Aufrufe des Regimes, den jüdischen Staat zu zerstören, selten angeprangert.“

<sup>8</sup> Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/posse-um-claudia-roth-und-iranischen-botschafter-high-five-fuer-die-menschenrechte-1.1594575>

<sup>9</sup> Vgl. [https://www.boell.de/de/2008/11/03/buero-arabischer-naher-osten?dimension1=division\\_nona](https://www.boell.de/de/2008/11/03/buero-arabischer-naher-osten?dimension1=division_nona)

<sup>10</sup> Vgl. Haushalt 2021 NRW; Kapitel 06 070; Titel 684 10

In einem Bericht, veröffentlicht auf der Seite des Stiftungs-Büros in Palästina und Jordanien, spricht man z.B. von „palästinensischem“ Land, welches seit 50 Jahren vom israelischen Militär besetzt ist. Ebenso unterstützt man einen Aufruf, die Besetzung der „West Bank“ zu beenden.<sup>11,12</sup> Diese Aussagen lassen jeden Historiker ratlos und irritiert zurück.

Die Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen soll zudem als Partnerorganisation mit Addameer zusammenarbeiten. Diese NGO wird von Israel seit Oktober 2021 als Terrororganisation eingestuft. Die Organisation ist personell eng mit der in Deutschland, der EU und den USA verbotenen Terrororganisation PFLP verflochten. Mehrere der führenden Köpfe von Addameer sind Mitglieder in der PFLP, u.a. der Vorsitzende und Mitbegründer von Addameer und die ehemalige stellvertretende Vorsitzende.

Die Heinrich-Böll-Stiftung soll in unterschiedlichem Umfang bei einzelnen Projekten mit Addameer kooperieren, finanziert u.a. aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Addameer ist Kooperationspartner zur BDS-Bewegung, hat deren Gründungsmanifest unterzeichnet und sich immer wieder an BDS-Aktivitäten beteiligt.<sup>13</sup>

Die Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen soll ebenfalls mit Al-Haq zusammenarbeiten. Diese gehört ebenfalls zur Liste der sechs palästinensischen Menschenrechtsorganisationen, die maßgeblich aus Europa unterstützt und finanziert werden und von Israel zu „Terrororganisationen“ erklärt wurden.<sup>14</sup>

Erwähnt werden muss zudem der Skandal im Zusammenhang mit einer WDR-Moderatorin, die am Al-Kuds-Marsch in Berlin teilgenommen hat, das vom Verfassungsschutz beobachtete IZH in Hamburg besucht hat und in den sozialen Medien durch antisemitische Parolen und offenen Israelhass aufgefallen ist.<sup>15</sup> Das hielt zahlreiche „Kulturschaffende“ nicht von einer offenen Solidaritätsbekundung ab, darunter der wissenschaftliche Leiter des Zentrums für Türkeistudien (ZFTI), welches regelmäßig eine institutionelle Förderung aus dem Landeshaushalt erhält. Im Haushaltsjahr 2022 sind erneut Mittel in Höhe von 741.600 Euro vorgesehen. Vorstandsvorsitzende ist die ehemalige Integrationsstaatssekretärin Serap Güler. Kuratoriumsvorsitzender ist der Integrationsminister Dr. Joachim Stamp.

Für Gesprächsstoff sorgte eine kürzlich in Berlin veröffentlichte Schulstudie.<sup>16</sup> Dabei ging es um eine Bestandsaufnahme konfrontativer Religionsbekundungen an zehn Schulen in Berlin-Neukölln. Darunter sei ein religiös begründetes Verhalten zu verstehen, das schulöffentlich ausgelebt wird, auf die Herstellung von Aufmerksamkeit abzielt, provoziert sowie andere erniedrigen und – sehr wichtig – Dominanz herstellen soll.<sup>17,18</sup>

---

11 Vgl. <https://ps.boell.org/en/2020/06/29/european-parliamentarians-write-letter-against-israeli-annexation-west-bank>

12 Vgl. <https://ps.boell.org/en/2018/02/14/new-report-ngos-working-palestine-details-economic-humanitarian-impacts-50-years-israeli>

13 Vgl. [https://www.mena-watch.com/gruenes-geld-fuer-terror-und-antisemitismus/?fbclid=IwAR0-GX0drHyZ1sUoaUxFjLV7xn1MK6AqwXNJ08PQoi0phDBrSB\\_rB2sy4](https://www.mena-watch.com/gruenes-geld-fuer-terror-und-antisemitismus/?fbclid=IwAR0-GX0drHyZ1sUoaUxFjLV7xn1MK6AqwXNJ08PQoi0phDBrSB_rB2sy4)

14 Vgl. <https://taz.de/Israels-Vorstoss-gegen-NGOs-in-Palaestina/!5806472/>

15 Vgl. <https://www.nzz.ch/feuilleton/wdr-trennt-sich-von-nemi-el-hassan-kein-vertrauen-mehr-ld.1653353>

16 Vgl. [https://demokratieundvielfalt.de/wp-content/uploads/2021/12/DEVI\\_Broschuere\\_Anlauf\\_und\\_Dokumentationsstelle\\_konfrontative\\_Religionsbekundung\\_A4\\_ICv2\\_03c-doppelseiten.pdf](https://demokratieundvielfalt.de/wp-content/uploads/2021/12/DEVI_Broschuere_Anlauf_und_Dokumentationsstelle_konfrontative_Religionsbekundung_A4_ICv2_03c-doppelseiten.pdf)

17 Vgl. <https://epaper.tagesspiegel.de/article/d7b4fa87>

18 Vgl. <https://www.bz-berlin.de/berlin/religioeses-mobbing-an-schulen-es-besteht-dringender-handlungsbedarf>

Insbesondere für Mädchen aus muslimischen Familien bestünde ein erheblicher Anpassungsdruck durch „systematische Demütigungen entlang von religiös konnotiertem Alltagsverhalten“ durch moslemische Jungen. Zudem wurden religiöse Konflikte innerhalb islamischer Glaubensrichtungen und auch eindeutig antisemitische Verhaltensweisen beobachtet.

Wie die Leitung einer Schule berichtet, wolle man immer wieder Israel aus dem Atlas herauschneiden und übermalen. Zudem würden Eltern Synagogenbesuche ihrer Kinder mit der Klasse verhindern. Bei dieser Gelegenheit wurden zudem große Bedenken wegen der wachsenden Einflussnahme von Moscheen geäußert, sprich von „politisch reaktionären Kräften“. Wie die WELT berichtet, war Berlins rot-rot-grüne Koalition uneins, wie mit der Studie umzugehen sei. Grüne und Linke rügten gar die – scheinbar unerwünschten – Ergebnisse der Untersuchung.<sup>19</sup>

### III. Der Landtag stellt fest:

- Zur Bekämpfung des Antisemitismus' „von rechts“ gibt es bereits zahlreiche Programme, verbunden mit umfangreichen Fördermitteln auf Bundes-, Landes- und auf kommunaler Ebene. Diese Initiativen sind fortzusetzen.
- Zur Bekämpfung des Antisemitismus' aus dem „islamistischen Milieu“ gibt es zahlreiche gute Ansätze, aber noch einen deutlichen Nachholbedarf in der Ausprägung und im Umfang der Maßnahmen sowie die Notwendigkeit einer Optimierung in der Ausrichtung der Maßnahmen.
- Der offene Antisemitismus „von Links“ bzw. in der Kultur- und Medienszene, oftmals als Israelkritik getarnt, findet in der Arbeit der Landesregierung bisher keine ausreichende Berücksichtigung.
- Das Handeln der Landesregierung und insbesondere das bisherige Agieren in der auswärtigen Politik der Bundesregierung ist teilweise mit der deutschen Staatsraison nur schwer zu vereinbaren.

### IV. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass jegliche finanzielle Unterstützung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) umgehend eingestellt wird;
- mit islamischen Verbänden wie dem Zentralrat der Muslime, dem Islamrat oder DITIB stets und unmissverständlich nur auf der Grundlage deutscher Staatsraison zusammenzuarbeiten und im anderen Fall den Kontakt zumindest temporär auszusetzen;
- die mitunter anscheinend unkritische Solidarisierung von Linksextremisten bzw. zum Linksextremismus tendierenden Gruppierungen (wie z.B. den Jusos) mit palästinensischen und propalästinensischen Gruppierungen, die ihrerseits wiederum eindeutig antisemitische Zielsetzungen verfolgen, durch den Verfassungsschutz zu erfassen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen;
- die Kontakte bzw. offene Solidarisierung politischer Vertreter bundesdeutscher Parteien mit den Grauen Wölfen oder Milli Görüs durch den Verfassungsschutz zu erfassen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen;
- den Einfluss türkischer Rechtsextremisten auf die Integrationsräte bzw. deren Unterwanderung zu untersuchen und in diesem Fall entsprechende Maßnahmen dagegen zu ergreifen;

---

<sup>19</sup> Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article235899704/Berlin-Religionsstreit-an-Schulen-Gruene-und-Linke-halten-Studie-fuer-antimuslimisch.html>

- eine Studie zum Thema „Konfrontative Religionsbekundungen an den Schulen in NRW“ in Auftrag zu geben, insbesondere auch vor dem Hintergrund mittlerweile zahlreicher ethnisch abgeschotteter Subkulturen<sup>20</sup>;
- von Seiten des Schulministeriums das Führen einer diesbezüglichen Statistik an den Schulen anzuordnen;
- der Thematik „Geschichte des Staates Israel“ in den Lehrplänen ein größeres Gewicht einzuräumen, auch als Gegenpol zur oftmals einseitig propalästinensischen Ausrichtung linker Parteien und Gruppierungen;
- eine Studie zum Thema „Antisemitismus in der Kultur- und Medienszene“ in Auftrag zu geben;
- ein Präventionsprogramm einzusetzen, das sich der Problematik „Gewalt und Antisemitismus in Amateur-Fußballvereinen in NRW“ widmet;
- potenzielle Kontakte der Heinrich-Böll-Stiftung zu antisemitischen Organisationen zu untersuchen und in diesem Fall die finanzielle Unterstützung der Stiftung zurückzufahren;
- sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die Kriterien zur Bestimmung eines Ausweisungsinteresses im Aufenthaltsgesetz, insbesondere auch bei antisemitischen Straftaten, deutlich verschärft werden und
- das Landesamt für Verfassungsschutz mit der Erstellung eines Lagebilds „Antisemitismus im Linksextremismus“ zu beauftragen.

Helmut Seifen  
Markus Wagner  
Andreas Keith

und Fraktion

---

20 Vgl. [https://polizei.nrw/sites/default/files/2020-06/KEEAS-Abschlussbericht\\_de%2Ben.pdf](https://polizei.nrw/sites/default/files/2020-06/KEEAS-Abschlussbericht_de%2Ben.pdf)